

# Für eine zukunftsfähige Nutztierhaltung in Deutschland

## Positionspapier des SPD-Netzwerkes „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ zur Zukunft der Nutztierhaltung in Deutschland

Die Nutztierhaltung droht in ihrer heutigen Form zwischen unterschiedlichen Polen zerrissen zu werden: Einerseits hat sich die Gesellschaft stetig von der landwirtschaftlichen Praxis entfremdet. Die ständige Verfügbarkeit tierischer Nahrungsmittel in breiter Vielfalt und oft zu Niedrigpreisen hat die tatsächlichen Bedingungen der Lebensmittelerzeugung überlagert. Andererseits steigen gesellschaftliche Ansprüche an die Haltungsbedingungen unserer Nutztiere. Gleichzeitig sind Nutztierhalter ökonomischen Zwängen ausgesetzt. Sie müssen höheren rechtlichen Anforderungen des Tierschutz- und des Umweltrechts mit höheren Investitionen in ihre Tierhaltungssysteme entsprechen.

Dieses Spannungsfeld bestimmt auch die aufgeheizte politische Diskussion zur Nutztierhaltung. Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) überlässt durch eigene Passivität den Bundesländern das Feld. Sie nutzen den Freiraum und überholen mit eigenen Tierschutzinitiativen den Bund. Gleichzeitig polarisieren konservative und grüne Politiker sowie verschiedene Interessensverbände die Diskussion. Sie torpedieren jede Kompromissfindung mit unerfüllbaren Maximalforderungen und nehmen somit das Auseinanderdriften innerhalb des Berufsstandes als auch zwischen Landwirten und Verbrauchern billigend in Kauf.

Das SPD-Netzwerk „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ wird diese Entwicklung nicht taten- und kommentarlos hinnehmen, sondern frei von Ideologie, mit Vernunft und Sachverstand, Einfluss auf den Wandel der Nutztierhaltung in Deutschland nehmen.

Das Netzwerk bekennt sich zur vielfältig strukturierten, nachhaltig wirtschaftenden, ressourcenschonenden und regional verankerten Land-, Ernährungs- und Fischereiwirtschaft. Wir bekennen uns zu den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionssystemen, sofern sie umweltverträglich und tiergerecht wirtschaften. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner wollen die Entwicklung der landwirtschaftlichen Unternehmen im Kontext gesellschaftlicher Erwartungen progressiv und wissenschaftsbasiert begleiten. Wir setzen uns für entsprechende Rahmenbedingungen ein. Der Mehrwert einer solchen Landwirtschaft für Umwelt, Tier und Menschen muss belohnt und der Gesellschaft durch eine klare und nachvollziehbare Kennzeichnung vermittelt werden.

Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik "[Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung](#)" zeigt auf, welche Maßnahmen umgesetzt werden müssten. Nur fehlt dem BMEL der Wille hierzu. Trotz des klaren Auftrages aus dem [Koalitionsvertrag](#) hat das BMEL es bisher versäumt, konkrete Antworten auf die drängenden Fragen in den Bereichen Tierwohl, Haltungsbedingungen und Kennzeichnung zu liefern.

Wir nehmen den Berufsstand wie auch die Ernährungswirtschaft und den Handel in die Pflicht. Alle Wirtschaftsbeteiligten müssen endlich aktiv handeln und die bereits vorhandenen Gestaltungsspielräume für mehr Tier-, Umwelt- und Klimaschutz nutzen. Andernfalls stellt sich die Agrar- und Ernährungswirtschaft und der Handel weiter ins gesellschaftliche Aus.

**Daher setzen sich die SPD-Politikerinnen und Politiker des Netzwerkes „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ für folgende Punkte ein:**

### **1. Entwicklung und Umsetzung einer nationalen Nutztierstrategie**

Das BMEL hat es bisher versäumt, eine kohärente nationale Nutztierstrategie zu entwickeln. Doch Deutschland benötigt einen langfristigen Fahrplan, der die künftige Entwicklung der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung beschreibt. Eine geeignete Grundlage ist das im Konsens aller relevanten Gruppen erarbeitete Papier des [Kompetenzkreises Tierwohl](#). Bund, Länder, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft und Wirtschaft müssen sich auf ein gemeinsames Vorgehen in der Tierwohldebatte verständigen. Innerhalb der nächsten 5 Jahre müssen Ziele und Maßnahmen für die Haltung, Zucht und Fütterung von Nutztieren festgeschrieben werden, mit denen eine gesellschaftliche Vision der zukünftigen Nutztierhaltung umgesetzt werden kann. Es ist hierfür zwingend erforderlich, im Rahmen einer **nationalen Nutztierstrategie** einheitliche rechtliche Leitplanken zu entwickeln, die die Tierschutzvorgaben, Tierhygienevorschriften und das Arzneimittelrecht zusammenführen.

### **2. Reform der GAP ab 2020 für mehr Tierwohl, Umwelt- und Klimaschutz durch die Landwirtschaft**

Als ein Finanzierungsinstrument für mehr Tierwohl in der Tierhaltung müssen Mittel der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) sowie aus den Programmen des Bundes und der Länder dienen. Schon heute wäre ein stärkeres finanzielles Engagement möglich, wenn die Umschichtungsmittel der GAP auch für Tierwohleleistungen geöffnet würden. Spätestens ab 2020 muss die europäische Agrarpolitik ein transparentes und praktikables Anreizsystem schaffen, damit Maßnahmen für den Klimaschutz, für die Umwelt und für mehr Tierwohl effizient gefördert werden können. Damit wollen wir den Betrieben auch neue Einkommensalternativen bieten. Denn ‚Öffentliches Geld für Öffentliche Leistungen‘ müssen dem Landwirt und der Gesellschaft gleichermaßen dienen.

### **3. Tierwohl – Verantwortung der gesamten Wertschöpfungskette**

Den Lebensmitteleinzelhandel und die gesamte Wertschöpfungskette nehmen wir ausdrücklich in die Verantwortung. Staatliche und wirtschaftsgetragene Tierwohliniativen müssen von Anfang an zusammen erdacht und geführt werden. Sie müssen allen Beteiligten der Wertschöpfungskette eröffnet werden, um zusätzliche Finanzmittel für mehr Tierwohl zu generieren. Darüber hinaus müssen ergänzend staatliche Finanzbeträge mobilisiert werden, um den gesellschaftlichen Willen für ein Mehr an Tierwohl umzusetzen. Der Staat muss dabei seiner Vorbildfunktion gerecht werden und sollte in der öffentlichen Verpflegung nur noch tierwohlerzeugte Produkte anbieten.

#### **4. Weitere Konzentration in der Tierhaltung vermeiden**

Vor dem Hintergrund der steigenden Umweltbelastung in viehdichten Regionen werden gerade dort größere Tierhaltungsanlagen kaum noch gesellschaftlich befürwortet. Generell ist die starke regionale Konzentration großer Tierhaltungsanlagen weder unter epidemiologischen Gesichtspunkten wünschenswert, noch ist die Problematik der Gülleverwertung gelöst. Der Kreislauf von Nährstoffen muss durch eine flächengebundene Tierhaltung geschlossen werden. Zusätzlich müssen entsprechende technologische Lösungen die Nutzung der Nährstoffe auch in anderen Regionen gewährleisten. Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung muss dem Grundsatz „Qualität statt Quantität“ folgen. Vor Ort müssen die Menschen bei der Ansiedlung, Modernisierung und dem Neubau von Tierhaltungsanlagen besser informiert und eingebunden werden. Dabei ist auch zu verdeutlichen, dass Neubauten und Modernisierungen den Anforderungen einer tiergerechteren Haltung entsprechen. Nur durch eine stärkere gesellschaftliche Mitbestimmung kann sich die Nutztierhaltung in Deutschland positiv weiter entwickeln.

#### **5. Tierschutz für alle Tiere**

Das im Grundgesetz verankerte Staatsziel des Tierschutzes werden wir stärker im Fachrecht verankern. Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutztV) soll zukünftig alle Nutztierarten sowie alle Haltungsformen umfassen. Andere europäische Staaten wie Schweden, Schweiz und Österreich gehen bereits deutlich weiter und bewerben Tierschutz als Qualitätsvorteil. Hier hat Deutschland Nachholbedarf.

#### **6. Bundeseinheitliche Tierschutzindikatoren**

Tierschutzindikatoren liefern dem Tierhalter und der Behörde Hinweise für möglichen Optimierungsbedarf und erlauben eine ergebnisorientierte und objektive Beurteilung der Tierhaltungen. Für Landwirtschafts- sowie Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden wollen wir gemeinsam mit den Bundesländern bundeseinheitlich anzuwendende Tierschutzindikatoren festlegen. Regelungslücken im Tierschutzrecht sind zu schließen.

#### **7. Einführung des Tierschutz-TÜV**

Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsbereichen gibt es in der Nutztierhaltung nach wie vor kein einheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für technische Stalleinrichtungen. Den Standard hierfür wollen wir bundeseinheitlich vorgegeben und er muss sich an einer tiergerechten Haltung ausrichten. Dies muss Fördergrundsatz in allen Bundesländern werden.

#### **8. Verbindlicher Sachkundenachweis im Umgang mit Nutztieren**

Einen Sachkundenachweis für Personen und Unternehmen, die landwirtschaftliche Nutztiere halten und betreuen, werden wir verbindlich machen. Hierfür sollte der/die ‚Landwirt/in‘ eine geschützte Berufsbezeichnung werden. Vor diesem Hintergrund muss eine Anpassung der Aus- und Weiterbildungsangebote an die neusten ökonomischen, ökologischen, ethischen und technischen Erkenntnisse erfolgen und die landwirtschaftliche Beratung ausgebaut werden.

## **9. Zucht neu ausrichten – Verzicht auf unnötige Eingriffe und Tötungen**

Haltung, Pflege und Zucht wollen wir darauf ausrichten, dass auf Eingriffe an Nutztieren verzichtet wird. Hierfür werden wir uns auch auf europäischer Ebene einsetzen. Ebenso muss das Töten von männlichen Eintagsküken endlich beendet werden. Wir wollen zusammen mit der Land- und Ernährungswirtschaft die Forschung und Erprobung von wettbewerbsfähigen Alternativen und die Vermarktung deutlich stärker unterstützen. Zudem wollen wir im Dialog mit den Beteiligten Zuchtziele vorgegeben, bei der Tierwohl, Robustheit sowie Mehrfachnutzung im Vordergrund stehen. Qualzuchten werden wir deutlich benennen und verbieten.

## **10. Beschränkung des Medikamenteneinsatzes auf das notwendige Maß**

Gute Haltung und gute Hygiene reduzieren den Medikamenteneinsatz. Wir wollen die Grundlagen für die Einrichtung einer umfassenden Tiergesundheitsdatenbank schaffen, in der bereits vorhandene Dokumentationspflichten nach dem Lebensmittel-, Tierschutz-, Tierarzneimittel- und Tiergesundheitsrecht zusammengeführt werden. In dieser Datenbank sollen auch Schlachthofbefunde und Mortalitätsraten in den Tierbeständen erfasst werden. Antibiotika haben eine hohe Bedeutung in der Veterinär- und Humanmedizin. Wir werden weitere Anstrengungen unternehmen, um den Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung weiter zu minimieren.

## **11. Tiertransporte so kurz und so gut wie möglich**

Die Bedingungen bei Transporten bis hin zur Schlachtung müssen grundsätzlich verbessert werden und den Ansprüchen der Tiergerechtigkeit genügen. Die maximale Dauer der Tiertransporte im Inland, mit Ausnahme von Fischtransporten, bis zum Schlachthof ist so kurz wie möglich zu halten. Wir setzen uns für eine weitergehende Reform der EU-Tiertransport-Verordnung ein.

## **12. Verbraucher durch Transparenz stärken**

Lebensmittel müssen in Wert gesetzt werden. Es kann sie nicht zum Nulltarif geben. Wir unterstützen verbraucherfreundliche und barrierefreie Kennzeichnungssysteme bzw. Label. Dazu gehört eine klare Lebensmittelkennzeichnung über Produktions- bzw. Haltungsbedingungen, inklusive der Fütterung mit gentechnisch veränderten Futtermitteln, Herstellungsort sowie über den Gesundheitswert von Lebensmitteln. Die Ernährungswirtschaft sollte dies endlich als Qualitäts- und Wettbewerbsvorteil begreifen und nutzen. Ernährung und Landwirtschaft müssen stärker in der schulischen und außerschulischen Bildung verankert werden und ‚nachhaltiger Konsum‘ in die Lehrpläne aufgenommen werden.

**Hannover, der 17. November 2016**

**Unterzeichner/innen:**

- **Horst Arnold**, MdL, agrarpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Bayern;
- **Elisabeth Aßmann**, MdL, agrarpolitische Sprecherin SPD-Fraktion M-V;
- **Dr. Till Backhaus**, Minister für Landwirtschaft und Umwelt M-V;
- **Uwe Bartels**, Landwirtschaftsminister a.D. Niedersachsen;
- **Jens Crueger**, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, Sprecher für Landwirtschaft und Umwelt;
- **Jochen Dettmer**, Landwirt;
- **Kirsten Eickhoff-Weber**, MdL, Sprecherin für Agrarpolitik SPD-Fraktion SH;
- **Oliver Holtermann**, Landwirt Niedersachsen;
- **Christina Jantz-Herrmann**, MdB, tierschutzpolitische Sprecherin SPD-Bundestagsfraktion;
- **Dr. Franziska Kersten**, Tierärztin, Landesvorstand SPD Sachsen-Anhalt;
- **Maria Noichl**, MdEP, Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung;
- **Dr. Wilhelm Priesmeier**, MdB, agrarpolitischer Sprecher SPD-Bundestagsfraktion;
- **Renate Rehm**, SPD Niedersachsen;
- **Prof. Dr. Fritz Schumann**, SPD Sachsen-Anhalt;
- **Kai Siefke**, Junglandwirt MV;
- **Dr. Karin Thissen**, MdB, Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft im Bundestag;
- **Ferike Thom**, SPD Berlin;
- **Annette Watermann-Krass**, MdL, agrarpolitische Sprecherin SPD-Fraktion NRW;
- **Thorsten Wehner**, SPD Rheinland-Pfalz.